

Eingegangen im Sekretariat  
der Geschäftsstelle des  
Stadtrates  
06.02.2018



732

Sp

## Änderung des Einreichers zum Beschlussantrag Nr. BA-009/2018

an den Stadtrat ..... zur Sitzung am 07.03.2018 .....

### Einreicher:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
SPD-Fraktion

öffentlich gemäß § 37 SächsGemO

### Gegenstand:

Chemnitz glyphosatfrei

### Änderung (Ergänzung)

Die Stadtverwaltung Chemnitz wird beauftragt, bei allen neu abzuschließenden oder zu verlängernden Pacht- und Überlassungsverträgen für landwirtschaftliche Flächen, die Anwendung von Glyphosat **und aller chemischer Herbizide** vertraglich zu untersagen. **Im Fall von Vertragsverlängerungen ist durch eine ausreichende zeitliche Vorabinformation sicherzustellen, dass den Pächtern maximal bis zum 31.12.2022 eine für den Betrieb einer Landwirtschaft notwendige Übergangsfrist gewährt wird.**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, **nach rechtlicher Prüfung** einen Vorschlag auszuarbeiten, inwieweit Pächtern landwirtschaftlicher Flächen der Stadt Chemnitz ein finanzieller und öffentlichkeitswirksamer Anreiz aufgezeigt werden kann, **wenn dieser schon während der Übergangsfrist des laufenden Pacht- oder Überlassungsvertrags auf die Anwendung von Glyphosat und aller chemischen Herbizide freiwillig verzichtet.**

*i. A. Susann Mäder, i. A. Stefan Kraatz*

Unterschrift

### Begründung:

Die Zulassung von Glyphosat wurde durch die EU leider um weitere fünf Jahre verlängert. Auch danach ist nicht garantiert, ob die Zulassung wirklich ein Ende findet. Laut WHO ist dieses Phosphat mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit krebserregend. Dass es toxische Wirkungen auf die Tierwelt insbesondere auf Insekten und Wassertiere hat, ist mittlerweile bewiesen. Bund, Länder und Kommunen können sich nicht aus der Pflicht nehmen, wenn es darum geht, die Bevölkerung vor gesundheitlichen Risiken zu schützen. Chemnitz ist ein dicht besiedeltes Gebiet. Grundstücke, insbesondere Gärten, aber auch Trinkwassereinzugsgebiete, befinden sich häufig in direkter Nachbarschaft zu den landwirtschaftlichen Flächen. Deshalb ist Glyphosat komplett zu untersagen. Die vom Stadtrat 2015 beschlossene Regelung, auf Glyphosat auf Sportplätzen, vor Kitas und Schulen und im sonstigen öffentlichen Raum zu verzichten, hat sich bewährt. Schon heute produzieren viele Landwirte ohne Einsatz von Glyphosat wirtschaftlich erfolgreich.

Neben Glyphosat, welches als besonders gefährlich einzustufen ist, haben auch alle anderen **chemischen** Herbizide schädliche Einflüsse auf unsere Umwelt. Das Insektensterben, insbesondere der Bienen, ist auf sie zurückzuführen. Sekundär sind dadurch auch viele vom Aussterben bedrohte insektenfressende Vogelarten betroffen. Auch die Einflüsse auf die angrenzenden Gärten der Bürgerschaft von Chemnitz und auf das Grundwasser sind nicht unerheblich. Deshalb sollte Schritt für Schritt komplett auf Herbizide verzichtet werden. Viele Landwirte tun das bereits heute.

**Das Verfahren ist rechtssicher auszugestalten. Beim Abschluss neuer Verträge kann eine solche Regelung Anwendung finden. Vertragsverlängerungen bedürfen einer rechtssicheren Regelung mit angemessener Übergangsfrist.**

Um auch die restlichen Landwirte in der Stadt Chemnitz freiwillig von diesem Weg zu überzeugen, plädieren wir für ein Bonussystem auf die Pachtzahlungen. Das kann ein Verzicht auf Pachterhöhungen bzw. eine Pachtreduzierung sein. Die durchschnittliche Pacht beträgt in Chemnitz pro ha/Jahr 104 Euro. Die der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH in den neuen Bundesländern (größter Verpächter) betrug 2015 385€/ha/Jahr.

Die Einnahmen der Stadt Chemnitz durch Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen betragen im Jahr ca. 100.000 EURO. Damit wären eventuelle Einnahmeverluste durch ein Bonussystem nur in einem sehr kleinen Umfang haushaltsrelevant - jedoch für die Umwelt und die Bürgerinnen und Bürger von Chemnitz ein großer Gewinn.

Des Weiteren sollten die Landwirte und die Bürgerinnen und Bürger von Chemnitz stärker für das Thema sensibilisiert werden und öffentlichkeitswirksam auf Betriebe die auf den Einsatz der Unkrautbekämpfer verzichten, hingewiesen werden.